

ABO Kraft & Wärme AG

Wiesbaden

Bericht über die Prüfung des
Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2025

Zusammengefasster Lagebericht und Konzernlagebericht der ABO Kraft & Wärme AG, Wiesbaden

für das Geschäftsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2025

I. Grundlagen des Mutterunternehmens und des Konzerns

Die ABO Kraft & Wärme AG führt den ABO Kraft & Wärme Konzern in ihrer Funktion als Holding. Geschäftsgegenstand ist das Initiieren, Erwerben, Planen, Finanzieren, Betreiben und Verwalten von kraft- und wärmeerzeugenden Anlagen. Die ABO Kraft & Wärme AG ist Muttergesellschaft von Projektgesellschaften, die Abfallvergärungs- bzw. Biogasanlagen betreiben, um Biomethan, Strom und Wärme zu erzeugen und zu vermarkten. Eine weitere Projektgesellschaft versorgt Gebäude mit Wärme und Strom, die sie effizient und klimaschonend vor Ort erzeugt (Energie-Contracting). Eine Gesellschaft erbringt für die Projektgesellschaften Dienstleistungen in den Bereichen technische / kaufmännische Betriebsführung, technische Service- und Labordienstleistungen sowie Planungsleistungen. Das strategische Ziel ist, das Portfolio mit Hilfe des eigenen Personals kontinuierlich zu optimieren und auszubauen.

Die ABO Energy GmbH & Co. KGaA, Wiesbaden, hat die ABO Kraft & Wärme AG, Wiesbaden, im Juli 2014 als zunächst alleinige Aktionärin gegründet. Am Grundkapital der Gesellschaft sind aktuell mehr als 160 Aktionäre beteiligt.

Die ABO Kraft & Wärme AG steuert die Betreibergesellschaften, die Eigentümer der Anlagen sind. Die Steuerung der Betreibergesellschaften, die Unterstützung des Vorstands bei der operativen Verwaltung des Konzerns, sowie die Prüfung des Erwerbs weiterer Projekte bzw. Betreibergesellschaften erfolgt durch eigenes Personal in der Dienstleistungsgesellschaft. Hierüber besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der ABO Kraft & Wärme AG und der Dienstleistungsgesellschaft.

Zur Finanzierung eines geplanten Wachstums will die ABO Kraft & Wärme AG Mittel aus Kapitalerhöhungen, Fremdfinanzierungen sowie Asset-Verkäufen verwenden.

Der Aufsichtsrat hat Dr. Jochen Ahn und Matthias Bockholt am 15. Mai 2025 die bis dahin bestehenden Vorstandsverträge verlängert. Die Amtszeit beider Vorstände ist bis zum Jahresende 2028 vereinbart. Der Vorstand führt die Gesellschaft mit dem Ziel der nachhaltigen Wertschöpfung. Beide Vorstandsmitglieder tragen für alle Handlungen die Gesamtverantwortung. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und

umfassend über Strategie, Planung, Beteiligungsmanagement und Geschäftsentwicklung. Der Aufsichtsrat berät und überwacht den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens.

Robert Leisner, Matthias Strauch, Hans-Werner Gress und Jürgen Koppmann sind von der Hauptversammlung zu Aufsichtsratsmitgliedern gewählt. Ihre Amtszeit endet mit der Hauptversammlung, die über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr bis zum 31.12.2025 beschließt.

Zur Steuerung des Konzerns werden bilanz-, ertrags- und liquiditätsorientierte finanzielle Leistungsindikatoren herangezogen. Die bedeutsamsten sind der Umsatz, das Betriebsergebnis vor Abschreibungen, Zinsen und Steuern (EBITDA) sowie das Konzernergebnis. Der Erfolg der Muttergesellschaft, die im Wesentlichen Erträge aus den Beteiligungen an ihren Tochtergesellschaften und aus Ausleihungen an sie generiert, hängt vom Erfolg der Betreibergesellschaften ab. Daher erfolgt die Steuerung ausschließlich auf Ebene des Konzerns.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Erneuerbare Energien haben im Jahr 2025 rund 23,8 Prozent des deutschen Bruttoendenergieverbrauchs gedeckt und damit gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozentpunkte zugelegt.¹ Damit setzte sich der langfristige Wachstumspfad fort, der insbesondere durch den anhaltenden Zubau der Photovoltaik und eine stabile Biomassenutzung getragen wird.² Biomasse bleibt aufgrund ihrer breiten Einsatzmöglichkeiten – als fester Brennstoff im Wärmemarkt, als Biokraftstoff im Verkehr oder als Biogas zur Stromerzeugung – weiterhin sektorübergreifend der wichtigste erneuerbare Energieträger Deutschlands, gefolgt von der Windenergie.¹

Im Stromsektor erreichte der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch im Jahr 2025 55,1 Prozent und lag damit trotz ungünstiger Witterungsbedingungen leicht über dem Vorjahr. Ein außergewöhnlich windschwaches Frühjahr sowie niedrige Wasserstände führten

¹ Umweltbundesamt (2026): *Erneuerbare Energien in Zahlen 2025*. Stand: März 2026. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#strom>

²Umweltbundesamt (2026): *Erneuerbare Energien in Deutschland – Daten zur Entwicklung 2025*. URL: https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/479/publikationen/2026-03/UBA_Erneuerbare%20Energien%20in%20Deutschland%202025.pdf
89/2026

zu einem Rückgang der Wind- und Wasserkrafterzeugung. Dies wurde jedoch durch die Photovoltaik kompensiert, die dank weiterem Zubau und sonniger Witterung auf 91,6 TWh anstieg.³ Ergänzende Kennzahlen zeigen ein ähnliches Bild: Laut Fraunhofer ISE betrug der EE- Anteil- an der öffentlichen Last 55,9 Prozent, während Destatis für die Netzeinspeisung einen erneuerbaren Anteil von 58,6 Prozent ausweist.^{4 5} Zudem stieg die installierte Leistung erneuerbarer Energien 2025 um rund 21 GW auf insgesamt 210 GW. Die Photovoltaik erreichte etwa 117 GW, Wind an Land rund 68,1 GW.⁶

Auch im Wärmesektor setzte sich 2025 eine positive Entwicklung fort. Der Endenergieverbrauch aus erneuerbaren Energien für Wärme und Kälte erreichte 209,8 TWh, was auf deutliche Zuwächse bei Umweltwärme (Wärmepumpen), erneuerbarer Fernwärme und biogenen Festbrennstoffen zurückzuführen ist. Dennoch verläuft der Fortschritt in Wärme und Verkehr weiterhin deutlich langsamer als im Stromsektor und bleibt damit eine zentrale Herausforderung für die Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele.²

Im Verkehrssektor stieg der Anteil erneuerbarer Energien im Jahr 2025 leicht auf 8,0 Prozent. Die erneuerbare Endenergiemenge wuchs auf 47,7 TWh. Den Hauptanteil stellten weiterhin Biokraftstoffe, insbesondere Biodiesel und hydriertes Pflanzenöl (HVO), deren Absatz durch regulatorische Anpassungen auf 24 TWh zulegte. Auch der Einsatz von Bioethanol und Biomethan stieg moderat an. Gleichzeitig nahm der Verbrauch erneuerbaren Stroms im Verkehr zu, begünstigt durch 856.589 Neuzulassungen von Elektroautos. Trotz dieser Verbesserungen bleibt der Verkehrssektor weiterhin der Bereich mit dem geringsten Anteil erneuerbarer Energien und damit eine der größten Herausforderungen im Klimaschutz.⁷

Die Stromerzeugung aus Biomasse blieb 2025 weitgehend stabil und erreichte insgesamt 47,8 TWh. Davon entfielen 30,5 TWh auf Biogas, 10,1 TWh auf feste Biomasse sowie 5,4 TWh auf den biogenen Anteil der Abfallverbrennung. Seit etwa einem Jahrzehnt bewegt sich die Biomasse Stromerzeugung damit auf relativ konstantem Niveau, obwohl die

³ Umweltbundesamt (2026): *Wachstum der erneuerbaren Energien 2025 verhalten*. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/erneuerbare-energien-in-deutschland-wachstum-2025>

⁴ Fraunhofer ISE (2026): *Stromerzeugung in Deutschland 2025 – Ausführliche Daten*. Freiburg, 01.01.2026. URL:

<https://www.ise.fraunhofer.de/de/presse-und-medien/presseinformationen/2026/oeffentliche-stromerzeugung-2025-wind-und-solar-erstmal-als-doppelspitze.html>

⁵ Statistisches Bundesamt (2026): *Pressemitteilung Nr. 073/2026 – Stromeinspeisung 2025*. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/03/PD26_073_43312.html

⁶ Bundesnetzagentur (2026): *Ausbau Erneuerbarer Energien 2025*. PM von 08.01.2026. URL: https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/20260108_EEG.html

⁷ Fachzeitschrift *Erneuerbare Energien* (2026): *Kaum Zuwachs im Verkehr – Analyse 2025*. URL: <https://www.erneuerbareenergien.de/transformation/mobilitaet/06-prozent-kaum-zuwachs-bei-erneuerbaren-im-verkehr>
89/2026

installierte elektrische Leistung weiter zunimmt und mittlerweile bei rund 10,7 GW liegt.² Der Zuwachs an Leistung dient vor allem der Flexibilisierung: Biogasanlagen können so Strom gezielt in Zeiten hoher Nachfrage oder niedriger Einspeisung aus Wind und Photovoltaik bereitstellen.¹⁰

Mit der EEG-Novelle vom Februar 2025 („Biomasse- -Paket“) wurde die langfristige Perspektive der Biogasbranche entscheidend verbessert. Die Ausschreibungsvolumina für Biomasse wurden deutlich ausgeweitet: 1.300 MW im Jahr 2025 und 1.126 MW im Jahr 2026. Zugleich wurde die Anschlussförderung von 10 auf 12 Jahre verlängert, der Flexibilitätszuschlag auf 100 €/kW erhöht und eine stärkere bedarfsgerechte Fahrweise vorgeschrieben. Ab 2025 wird die Förderung nur noch für die 11.680 Betriebsviertelstunden mit der höchsten Produktion gewährt, was die flexible Strombereitstellung verstärkt.⁸ Die EU-Kommission genehmigte das Paket im September 2025 beihilferechtlich, sodass es ab der Oktober Ausschreibung voll zur Anwendung kam. Zudem werden Wärmenetz- Biogasanlagen- künftig bevorzugt berücksichtigt.⁹

Ende 2025 existierten in Deutschland 9.315 Biogasanlagen zur Vorort-Verstromung sowie 290 Biomethan- Aufbereitungsanlagen, insgesamt also 9.605 Anlagen. Die Branche erzeugte 29 TWh Strom und 32,3 TWh Wärme, von denen 18,7 TWh extern genutzt wurden – ausreichend für etwa 1,4 Millionen Haushalte. Die installierte elektrische Leistung von 6.816 MW übersteigt die Bemessungsleistung (3.316 MW) deutlich, was die zunehmende Überbauung und Flexibilisierung unterstreichen. Biomethan erweitert seine Rolle als speicherbarer erneuerbarer Energieträger, insbesondere für Wärme, Industrie und Verkehr.¹⁰

Die Anrechnung von Upstream Emissionsreduktionen (UER) wurde 2024 aufgrund erheblicher Betrugsverdachtsfälle – insbesondere im Zusammenhang mit Projekten in China – vorzeitig beendet. Die entsprechende Verordnungsänderung trat am 8. Juni 2024 in Kraft und untersagt seither neue UER- Anträge.¹¹ Parallel wurde mit der Änderung der 38. Bundesimmissionsschutzverordnung beschlossen, dass in den Jahren 2025 und 2026 keine

⁸ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2025): *Gesetz zur Änderung des EEG – Biomasse-Paket*. BGBl. I Nr. 52/2025. URL: <https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2025/52/VO.html>

⁹ BBH-Blog (2025): *Biomasse-Paket durch EU genehmigt*. URL: <https://www.bbh-blog.de/>

¹⁰ Fachverband Biogas (2026): *Branchenzahlenreport 2025*. Freising, 10.03.2026. URL: https://www.biogas.org/fileadmin/redaktion/dokumente/presse/branchenzahlen/26-03-06_Branchenzahlenreport_2025_final.pdf

¹¹ Bundesumweltministerium (2024): *BMUV setzt UER-Anrechnungssystem aus*. Meldung vom 30.08.2024. URL: https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Ministerium/uer_info_s_parlament_bf.pdf

Überträge früherer Übererfüllungen zur Erfüllung der THG- Quote- genutzt werden dürfen.¹² Die deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) prüft seither bestehende UER Nachweise- und löscht unzulässige Zertifikate.¹³ Der THG -Quotenmarkt stabilisierte sich Anfang 2026 wieder, u. a. durch höhere Quotenanforderungen und die Entfernung zweifelhafter Billig-Erfüllungsoptionen.¹⁴

2. Geschäftsverlauf

2.1 Geschäftsverlauf des ABO Kraft & Wärme Konzerns

Zum abgelaufenen Geschäftsjahr umfasst der ABO Kraft & Wärme Konzern neben der ABO Kraft & Wärme AG als Muttergesellschaft zwölf weitere Gesellschaften, an der die ABO Kraft & Wärme AG zu jeweils 100 Prozent beteiligt ist. Die Beteiligungsstruktur hat sich im Jahr 2025 gegenüber dem Geschäftsjahr 2024 nicht verändert.

Der Geschäftsverlauf der neun operativ tätigen Betreibergesellschaften:

- ABO Kraft & Wärme Ettinghausen GmbH & Co. KG,
- ABO Kraft & Wärme Wiesbaden GmbH & Co. KG,
- ABO Kraft & Wärme Ramstein GmbH & Co. KG,
- ABO Kraft & Wärme Zülpich GmbH & Co. KG,
- ABO Kraft & Wärme Neulewin I GmbH,
- ABO Kraft & Wärme Neulewin II GmbH,
- ABO Kraft & Wärme Friedland GmbH
- ABO Kraft & Wärme Storkow GmbH

sowie die operativ tätige Dienstleistungsgesellschaft

- ABO Kraft & Wärme Bioenergie GmbH

beeinflussten das Geschäftsjahr des ABO Kraft & Wärme Konzerns maßgeblich. Die im April 2023 außer Betrieb genommene Biogasanlage Hammelbüsch sowie die direkt nach Kauf außer Betrieb genommene Anlage Hilscheid führten zu keinen Umsatzerlösen in der

¹² VerkehrsRundschau (2024): 38. *BImSchV-Novelle – CO2-Minderungen nur aus erneuerbaren Energien*. 15.11.2024. URL:

<https://www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/recht-geld/bundeskabinett-beschliesst-novelle-der-38-bundes-immissionsschutzverordnung-3590013>

¹³ Deutsche Emissionshandelsstelle (2026): *Projekte im Kraftstoffsektor (UERV)*. URL: https://www.dehst.de/DE/Themen/Klimaschutzprojekte/UERV/uerv_node.html

¹⁴ 14degrees (2026): *THG-Quotenmarkt – Preisentwicklung und regulatorische Impulse*. URL: <https://14degrees.de/news/thg-quotenmarkt-preisentwicklung-fristverlaengerung-und-regulatorische-impulse/>
89/2026

Betreibergesellschaft ABO Kraft & Wärme Hammelbüsch GmbH & Co. KG respektive
 ABO Kraft & Wärme Hilscheid GmbH & Co. KG.

Die Biomethanverwertung durch Gasaufbereitung und Gasverkauf sowie die Stromproduktion stellt sich im Vergleich zur Planung für 2025 in den Betreibergesellschaften wie folgt dar:

Gesellschaft	Stromproduktion (inkl. Eigenstromverbrauch) MWh _{el}		Biomethanverwertung (GAA) in MWh Hs)	
	Plan	IST	Plan	IST
Ettinghausen	8.406	8.068	-	-
Zülpich	1.732	2.243	24.574	22.909
Ramstein	6.189	4.655	30.615	29.826
Hammelbüsch**	-	-	-	-
Wiesbaden*	293	260	-	-
Neulewin I	5.388	5.673	-	-
Neulewin II	5.460	5.768	-	-
Friedland	5.842	5.073	-	-
Storkow	6.257	6.343	-	-
Hilscheid***	-	-	-	-
Summe	39.568	38.082	55.189	52.735

Die geplante Stromproduktionsmenge inkl. Eigenverbrauch und die geplante Biomethanverwertung in der Gasaufbereitungsanlage (GAA) wurden im Konzern nahezu erreicht.

Anfang 2025 war der Geschäftsverlauf noch geprägt von vermehrt auftretenden technisch nennenswerten Beeinträchtigungen durch z.B. Reinigungs- und Wartungsarbeiten an technischen Komponenten und Reparaturarbeiten an Stromkabeln und Rohrleitungen (Abfallvergärungsanlage Ettinghausen), eine einmonatige Betriebsunterbrechung aufgrund einer nachzuweisenden erfolgreichen Druckbehälterprüfung ohne Gaseinspeisung, reduzierte Fütterungen aufgrund nicht ausreichend vorhandener Gasverwertungseinheiten (Abfallvergärungsanlage Zülpich). Diese Störungen konnten grundsätzlich im ersten Quartal behoben werden. Die unter Plan liegenden Produktionen wurden weitgehend aufgeholt.

Die Biogasanlage Ramstein verfügte während des gesamten Jahres über schlechte Substratqualität, so dass es immer wieder zu Fütterungseinschränkungen und damit teilweise zu Gasmangel kam. Erst im Dezember konnte die Methanverwertung deutlich gesteigert werden.

Die Biogasanlagen an den Brandenburger Standorten verliefen grundsätzlich zufriedenstellend. Obwohl es vereinzelt zu Unterbrechungen in der Gasproduktion zum Beispiel durch einen umgeknickten Behältermast (Biogasanlage Friedland) kam, konnte die im entsprechenden Zeitraum unter Plan liegende Gasproduktion jeweils nachgeholt werden und so zu einem insgesamt positiven Betriebsverlauf beitragen.

Positiv auf den gesamten Betriebsverlauf wirkte sich das aktive technische Anlagenmanagement aus. Dieses machte sich bei Betriebsunterbrechungen redundante Verwertungswege zunutze und minimierte so die Minderproduktion. Das Rohstoffmanagement war im Jahresverlauf vor allem im Bereich Lebensmittelabfallbeschaffung stets aktiv, um die Versorgung mit Substraten für die Abfallvergärungsanlage zu optimieren.

Im Jahresverlauf wurden die Planungsarbeiten für den Umbau zu Biomethaneinspeiseanlagen vorangetrieben. Die geplanten Umbauten an den Standorten Neulewin und Friedland sowie Ettinghausen und Hilscheid sind bei Gemeinden und Behörden vorgestellt, das B-Planverfahren ist an einzelnen Standorten eingeleitet, die Flächensicherung ist erfolgt und die Arbeiten zum Antrag nach BImSchG haben begonnen.

Trotz der technischen Herausforderungen in den Betreibergesellschaften am Jahresanfang und dank des stets aktiven Anlagenmanagements wurde der prognostizierte Konzernumsatz im niedrigen achtstelligen Bereich auf Vorjahresniveau mit TEUR 14.847 erreicht.

Das ausgewiesene Betriebsergebnis i.H.v. TEUR -2.990, bereinigt um die Abschreibungen i.H.v. TEUR 2.856 ergibt ein Konzern-EBITDA i.H.v. TEUR -133.

Die zuvor genannten Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten, hohe periodenfremde Aufwendungen i.W. aus Jahresendabrechnungen der Stromeinspeisung der Vorjahre bzw. aus Lieferungen und Leistungen sowie die weitere Abschreibung der Restforderung i.H.v. TEUR 194 gegenüber dem insolventen Gashändler Landwärme GmbH trugen zu über Plan liegenden Aufwendungen bei. Dies wurde zum Teil durch niedrigere Personalkosten und einen niedrigeren Materialaufwand kompensiert. Über Plan liegende Sonstige betriebliche Erträge i.W. aus periodenfremden Erträgen und andere aktivierte Eigenleistungen aus konzerninternen Planungsarbeiten kompensieren die höheren Aufwendungen. Zusammengefasst verfehlt das genannte Konzern-EBITDA im laufenden Geschäftsjahr jedoch das prognostizierte Niveau im niedrigen, positiven sechsstelligen Bereich. Um den Sondereffekt der Abschreibung der Restforderung gegenüber der Landwärme GmbH hätte sich ein positives EBITDA ergeben.

Das Konzernergebnis beträgt TEUR -3.763. Das prognostizierte Ergebnis im niedrigen bis mittleren negativen siebenstelligen Bereich von ca. -3.000 TEUR bis -4.000 TEUR ist somit erreicht worden.

Im Hinblick auf die Strom- und Gasproduktion ist der Geschäftsverlauf insgesamt zufriedenstellend bis sehr zufriedenstellend. Aufgrund der oben beschriebenen Unterbrechungen am Jahresanfang und in einzelnen Anlagen im Jahresverlauf konnte unterjährig nicht immer das geplante Produktionsniveau erreicht werden. Zum Jahresende hin konnte jedoch zum Teil deutlich über Plan produziert werden, so dass insgesamt das geplante Produktionsniveau nahezu erreicht wurde. Insgesamt ist ein Konzernfehlbetrag nicht zufriedenstellend. Gleichwohl sind die Anlagen in einem sehr gut erhaltenen Zustand mit einer hohen technischen Leistungsfähigkeit. Vollzogene Kosteneinsparungen und erfolgreiche Verhandlungen mit Biomethankunden führen zu einer unter gegebenen Marktumständen im Vergleich zur Planung zufriedenstellenden Einschätzung der Geschäftsleitung zum wirtschaftlichen Geschäftsverlauf.

2.2 Geschäftsverlauf der ABO Kraft & Wärme AG

Der Geschäftsverlauf der ABO Kraft & Wärme AG hängt im Wesentlichen von Zinserträgen aus Ausleihungen an die Tochtergesellschaften für die Finanzierung des Anlagevermögens und aus der Bereitstellung von Finanzmitteln an die Tochtergesellschaften im Rahmen eines Cashpooling (kurzfristige Finanzvorlagen). Investitionen in das Anlagevermögen respektive in Anlagen im Bau, die durch Ausleihungen der ABO Kraft & Wärme AG an ihre Tochtergesellschaften finanziert werden, erhöhen dauerhaft den Zinsertrag. Bereitstellung von kurzfristigen Finanzvorlagen hängen vom Geschäftsverlauf der Tochtergesellschaften und deren Finanzmittelbedarf ab. Der gestiegene Bedarf der Tochtergesellschaften an Finanzmitteln führte zu einem gestiegenen Zinsertrag bei der ABO Kraft & Wärme AG im Vergleich zum Vorjahr.

Erträge aus Beteiligungen erzielte die ABO Kraft & Wärme AG ausschließlich aus der Beteiligung an der ABO Kraft & Wärme Wiesbaden GmbH & Co. KG, der Gesellschaft für das Energiecontracting. Andere Erträge aus Beteiligungen aus den weiteren Tochtergesellschaften wurden aufgrund deren Bilanzverlusten nicht erzielt.

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

3.1 Vermögenslage

3.1.1 Vermögenslage des Konzerns

Der ABO Kraft & Wärme Konzern bilanziert zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 ein Eigenkapital i.H. von TEUR 17.083 (Vorjahr TEUR 17.846). Hiervon entfallen TEUR 6.270 (Vorjahr TEUR 26.350) auf das gezeichnete Kapital, welches vollständig eingezahlt ist, TEUR 28.549 (Vorjahr TEUR 5.469) auf die Kapitalrücklage und TEUR 667 (Vorjahr TEUR 667) auf Gewinnrücklagen. Der Bilanzverlust, d.h. die summierten Anlaufverluste vorangegangener Geschäftsjahre, beträgt TEUR 18.402 (Vorjahr TEUR 14.640).

Die Hauptversammlung am 17. Juli 2025 hat über die Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung von Aktien im Verhältnis 5:1 von TEUR 26.350 auf TEUR 5.270 beschlossen. Der durch die Kapitalherabsetzung freigewordene Betrag i.H.v. TEUR 21.080 wurde vollständig in die Kapitalrücklage eingestellt.

Aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung am 17.07.2025 ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates ermächtigt, das Grundkapital um bis zu TEUR 2.635 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2025). Mit Beschluss vom 11.10.2025 hat der Vorstand beschlossen, das Grundkapital von TEUR 5.270 um bis zu TEUR 1.000 auf bis zu TEUR 6.270 zu erhöhen. Dem Vorstandsbeschluss hat der Aufsichtsrat am 14.10.2025 zugestimmt. Die Kapitalerhöhung wurde vollständig eingezahlt und am 10.11.2025 im Handelsregister eingetragen.

Der ABO Kraft & Wärme Konzern hat Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten i.H.v. TEUR 7.667 (Vorjahr TEUR 9.540). Hiervon entfallen TEUR 4.845 (Vorjahr TEUR 4.556) auf langfristige Bankdarlehen und TEUR 2.822 (Vorjahr TEUR 4.984) auf Kontokorrentverbindlichkeiten. Im Vorjahr war der im Folgejahr zu tilgende Anteil am langfristigen Bankdarlehen i.H.v. TEUR 1.780 fälschlicherweise den Kontokorrentverbindlichkeiten zugeschlüsselt. Dies wurde für den diesjährigen Abschluss korrigiert, so dass die Kontokorrentverbindlichkeiten den für die Vorfinanzierung der Substrate und Betriebsmittel der Ramsteiner Anlage genutzten Kontokorrentrahmen zeigen. Die Dienstleistungsgesellschaft im ABO Kraft & Wärme Konzern hat 2024 eine Anzahlung für Projektentwicklungstätigkeiten im Zusammenhang mit Wasserstoffprojekten der ABO Energy GmbH & Co. KGaA erhalten. Die ABO Kraft & Wärme unterstützt die ABO Energy GmbH & Co. KGaA mit ihrem Fachwissen bei der Identifikation und Entwicklung von Wasserstoffprojekten. Es wurden 2025 Leistungen im Wert von TEUR 363 erbracht, so dass die Anzahlung Ende 2025 mit TEUR 637 valutiert. Des Weiteren bestehen langfristige

Nachrangdarlehen in den sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 4.750 (Vorjahr TEUR 1.500). Deren Fälligkeit ist im vierten Quartal 2026 (betreffend TEUR 1.500) respektive 2027 (betreffend TEUR 3.250).

Insgesamt beträgt das langfristige Kapital bestehend aus Eigenkapital, langfristigen Bankdarlehen und Nachrangdarlehen zum Bilanzstichtag somit TEUR 26.678 (Vorjahr TEUR 24.191).

Das Anlagevermögen des ABO Kraft & Wärme Konzerns in Höhe von TEUR 24.216 TEUR (Vorjahr TEUR 25.395) besteht aus Immateriellen Vermögensgegenständen i.H.v. TEUR 878 (Vorjahr TEUR 948), Grundstücken, Technischen Anlagen und Maschinen, Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Geleistete Anzahlungen i.H.v. TEUR 23.338 (Vorjahr TEUR 24.447). Den Zugängen aus Investitionen in Höhe von TEUR 1.682 standen Abschreibungen von TEUR 2.786 gegenüber.

Das Umlaufvermögen des ABO Kraft & Wärme Konzerns betrug zum Ende des Jahres 2025 TEUR 8.288 (Vorjahr TEUR 7.980). Es setzt sich zusammen aus den Vorräten i.H.v. TEUR 3.470 (Vorjahr TEUR 3.329), die im Wesentlichen in Silos der mit nachwachsenden Rohstoffen betriebenen Biogasanlagen an den Standorten Ramstein und den Standorten des Brandenburg-Portfolios (Storkow, Friedland, Neulewin I, Neulewin II) eingelagert sind sowie Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.

Zum Bilanzstichtag ist das langfristige Anlagevermögen in Höhe von TEUR 24.215 (Vorjahr TEUR 25.395) fristenkongruent durch langfristiges Kapital in Höhe von TEUR 26.678 (Vorjahr TEUR 23.902) finanziert.

3.1.2 Vermögenslage der ABO Kraft & Wärme AG

Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 26.456 (Vorjahr TEUR 33.247). Hiervon entfallen TEUR 6.270 (Vorjahr TEUR 26.350) auf das gezeichnete Kapital, TEUR 28.549 (Vorjahr TEUR 5.469) auf die Kapitalrücklage, TEUR 675 (Vorjahr TEUR 675) auf die Gewinnrücklagen und TEUR -9.038 (Vorjahr TEUR +753) auf den Bilanzergebnis. Grund für den hohen Bilanzverlust sind die unten in Kapitel 3.2.2 erläuterte Einzelwertberichtigung auf Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Abschreibungen auf Finanzanlagen i.H.v. TEUR 10.016.

Die Hauptversammlung am 17. Juli 2025 hat über die Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung von Aktien im Verhältnis 5:1 von TEUR 26.350 auf TEUR 5.270

beschlossen. Der durch die Kapitalherabsetzung freigewordene Betrag i.H.v. TEUR 21.080 wurde vollständig in die Kapitalrücklage eingestellt.

Aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung am 17.07.2025 ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates ermächtigt, das Grundkapital um bis zu TEUR 2.635 zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2025). Mit Beschluss vom 11.10.2025 hat der Vorstand beschlossen, das Grundkapital von TEUR 5.270 um bis zu TEUR 1.000 auf bis zu TEUR 6.270 zu erhöhen. Dem Vorstandsbeschluss hat der Aufsichtsrat am 14.10.2025 zugestimmt. Die Kapitalerhöhung wurde vollständig eingezahlt und am 10.11.2025 im Handelsregister eingetragen.

Die Verbindlichkeiten betragen TEUR 6.331 (Vorjahr TEUR 2.162). Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Aufnahme von Nachrangdarlehen i.H.v. insgesamt TEUR 3.250 mit einer Laufzeit von 2 Jahren.

Die ABO Kraft & Wärme AG bilanziert zum Bilanzstichtag keine Bankverbindlichkeiten.

Das Anlagevermögen i.H.v. TEUR 24.557 (Vorjahr 26.776) besteht vollständig aus Finanzanlagen. Die Höhe der Anteile an verbundenen Unternehmen hat sich aufgrund des im Folgenden Absatzes beschriebenen Sachverhalts zur Geschäftsentwicklung um TEUR 260 verringert. Die Anteile an verbundenen Unternehmen betragen TEUR 3.016 (Vorjahr TEUR 3.276). Die Ausleihungen an verbundene Unternehmen betragen TEUR 21.541 (Vorjahr TEUR 23.500) und beinhalten langfristige Darlehen an verbundene Unternehmen. Diese finanzierten wie im Vorjahr die Investitionen in Grundstücke, Technische Anlagen und Maschinen der Betreibergesellschaften. Hierbei handelt es sich um Umplanungen in den Betreibergesellschaften mit Stromeinspeisung als Geschäftsmodell zu Biomethaneinspeiseanlagen sowie ein am Standort Berlin neu realisiertes Energiecontracting-Projekt.

Die Muttergesellschaft ABO Kraft & Wärme AG hat zur Finanzierung des Konzern-Sachanlagevermögens Ausleihungen und zur Zwischenfinanzierung von Betriebsausgaben in den Konzerngesellschaften Mittel i.H.v. insgesamt TEUR 38.073 an die Tochtergesellschaften vergeben. Aufgrund der langfristig erwarteten Geschäftsentwicklung ist zu erwarten, dass ein Teil der Forderungen seitens der ABO Kraft & Wärme AG gegenüber ihren Töchtern in ihrem Wert gemindert sind. Vor diesem Hintergrund sind Abschreibungen auf Finanzanlagen an verbundene Unternehmen i.H.v. TEUR 3.020 respektive Einzelwertberichtigungen der Forderungen i.H.v. TEUR 6.996 gegenüber den Tochtergesellschaften, d.h. zusammen TEUR 10.016 erfolgt.

Das Umlaufvermögen beträgt TEUR 8.247 (Vorjahr (TEUR 8.657), im Wesentlichen bestehend aus den Forderungen gegen verbundene Unternehmen i.H.v. TEUR 8.166 (Vorjahr TEUR 8.539).

Das Umlaufvermögen beinhaltet zudem ein Guthaben bei Kreditinstituten i.H.v. TEUR 59 (Vorjahr positives Guthaben i.H.v. TEUR 90). Ein der ABO Kraft & Wärme AG gewährter Verfügungsrahmen bis TEUR -500 erlaubt der ABO Kraft & Wärme AG einen entsprechenden negativen Kontostand.

3.2 Ertragslage

3.2.1 Ertragslage des Konzerns

Der Konzernumsatz beträgt TEUR 14.847 (Vorjahr TEUR 14.655) und hat somit die in der Hauptversammlung am 17.07.2025 vorgestellte letzte aktualisierte Planung erreicht. Im Wesentlichen entfallen hiervon TEUR 6.154 (Vorjahr TEUR 6.295) auf Stromeinspeiseerlöse, TEUR 5.906 (Vorjahr TEUR 6.289) auf Gaseinspeiseerlöse und TEUR 1.543 (Vorjahr TEUR 1.208) auf Erlöse aus der Lebensmittelabfallannahme. Der Umsatz auf Vorjahresniveau lässt sich auf eine Stabilisierung des Geschäftsverlaufs zurückführen. Die Abfallvergärungsanlage, die 2023 noch in der Anlaufphase war, befand sich nach 2024 nun im zweiten vollen Betriebsjahr. Die Biogasanlagen des Brandenburg-Portfolios sind nun ebenfalls im zweiten Jahr im vollständigen Betriebsjahr. Ergänzend kommt hinzu, dass trotz der technischen Schwierigkeiten bei einigen Betriebsgesellschaften am Jahresanfang die geplante Produktion im Jahresverlauf nachgeholt werden konnte, so dass im Jahresgesamtblick die geplante Produktion weitgehend erreicht wurde. Aufgrund der Marktbegebenheiten sind die Abnahmeverträge kurz- bis mittelfristig vereinbart. Eine Ausnahme bilden die Umsatzerlöse aus der Stromeinspeisung. Diese sind aufgrund der Regelungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes langfristig im Rahmen der Förderungsdauer gesichert.

Die Aufwendungen belaufen sich auf TEUR 16.439 (Vorjahr TEUR 17.196). Hiervon entfallen TEUR 4.977 (Vorjahr TEUR 5.166) auf den Materialaufwand, TEUR 3.289 (Vorjahr TEUR 3.518) auf den Personalaufwand und TEUR 8.174 (Vorjahr TEUR 8.511) auf sonstige betriebliche Aufwendungen.

Die Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 757 reduziert. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass im Vorjahr Einzelwertberichtigungen auf Forderungen gegenüber dem Gashändler Landwärme i.H.v. TEUR 1.600 die Aufwendungen belastet haben. In diesem Jahr betrug die Einzelwertberichtigung aus diesem Vorgang weitere TEUR 194. Bereinigt um den Sondereffekt der Einzelwertberichtigung in beiden Jahren ergibt

sich eine Erhöhung der Aufwendungen im Vorjahresvergleich um ca. TEUR 650. Diese Erhöhung lässt sich i.W. auf periodenfremde Aufwendungen wie z.B. Stromsteuernachzahlung, Versicherungsnacherhebungen sowie Lieferungen und Leistungen zurückführen.

Es ergibt sich unter Berücksichtigung der aktivierten Eigenleistungen für konzerninterne Planungsleistungen und der sonstigen betrieblichen Erträge ein Betriebsergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung (EBITDA) in Höhe von TEUR -134 (Vorjahr TEUR -1.592). Berücksichtigt man die o.g. Einzelwertberichtigung der Landwärme Insolvenz in Höhe von TEUR 194, erhält man ein um Sondereffekte adjustiertes EBITDA in Höhe von TEUR +60.

Die Abschreibungen betragen TEUR 2.856 (Vorjahr TEUR 2.926), womit sie sich auf Vorjahresniveau befinden. Die Zinsaufwendungen befinden sich ebenfalls auf Vorjahresniveau. Lediglich der Zinsertrag, der aufgrund vereinbarter Zinsabsicherungen erlöst wird, ist gegenüber dem Vorjahr gesunken, so dass das Finanzergebnis um TEUR 85 niedriger im Vergleich zum Vorjahr ist. Das Konzernergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr auf TEUR -3.763 (Vorjahr TEUR -5.206) verbessert. Dies entspricht der Planung.

3.2.2 Ertragslage der ABO Kraft & Wärme AG

Erträge für das Geschäftsjahr wurden insbesondere aus Ausleihungen des Finanzvermögens i.H.v. TEUR 621 (Vorjahr TEUR 605) und aus Zinserträgen i.H.v. TEUR 372 (Vorjahr TEUR 228) erzielt. Darüber hinaus wurden Erträge aus Beteiligungen in geringem Umfang erzielt. Sie betragen TEUR 127 (Vorjahr TEUR 93). Dem gegenüber stehen Personalaufwendungen sowie sonstige betriebliche Aufwendungen i.H.v. insgesamt TEUR 7.596 (Vorjahr TEUR 490), deren größte Position Einzelwertberichtigungen von begebenen Betriebsmitteln zur Finanzierung des operativen Geschäfts der Tochtergesellschaften i.H.v. TEUR 6.996. Eine weitere wesentliche Position ist die Abrechnung des konzerninternen Geschäftsbesorgungsvertrags i.H.v. TEUR 287 (Vorjahr TEUR 265).

Abschreibungen auf Finanzanlagen i.H.v. TEUR 3.020 belasten das Finanzergebnis, welches im Geschäftsjahr auf TEUR -2.149 (Vorjahr TEUR +842) beläuft.

Gründe für die genannte Einzelwertberichtigung und die Abschreibung auf Finanzanlagen von sind Verluste aus den Vorjahren und der von Bundesregierung mittlerweile nicht mehr so intensiv vorangetriebene Umbau der Energiewirtschaft zu Erneuerbaren Energien mit den daraus folgenden derzeitigen gesunkenen Erwartungen für z.B. Biomethaneinspeiseerlöse. Beides führt zu einer nach unten korrigierten Ertragserwartung in den Betreibergesellschaften.

3.3 Finanzlage

3.3.1 Finanzlage des ABO Kraft & Wärme Konzerns

2025 ergab sich ein Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit i.H.v. TEUR 1.421 (Vorjahr Mittelzufluss i.H.v. TEUR 56). Dies liegt im Wesentlichen in der Rückführung von Verbindlichkeiten des Vorjahres und in Steuerzahlungen i.H.v. TEUR 1.470 begründet. Das um nicht zahlungswirksame Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung wie Abschreibungen, Rückstellungen und sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen sowie Veränderung der Vorräte und um die nicht dem operativen Kapitalfluss zurechenbaren Zinsen korrigierte Jahresergebnis führte zu einem operativen Mittelabfluss i.H.v. TEUR 83. Die Investitionsausgaben belief sich auf TEUR 1.590 (Vorjahr TEUR 1.211). Hiermit wurden im Wesentlichen Planungsleistungen im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen zu Biomethaneinspeiseanlagen finanziert.

Aus der Finanzierungstätigkeit ergab sich ein Mittelzufluss i.H.v. TEUR 3.838 (Vorjahr Mittelabfluss i.H.v. TEUR 895).

Zur Finanzierung des Konzerns wurde aus dem genehmigten Kapital eine Kapitalerhöhung des Grundkapitals in Höhe von TEUR 1.000 sowie eine Einzahlung des Agios in Höhe von TEUR 2.000 durchgeführt.

Darüber hinaus wurden über zwei Nachrangdarlehen i.H.v. insgesamt TEUR 3.250 Mittel eingeworben. Diese haben jeweils eine Laufzeit von 2 Jahren sowie einen Zins von 6% p.a.. Somit wurden TEUR 1.780 (Vorjahr TEUR 1.680) für die Tilgung von (Finanz-)Krediten sowie TEUR 631 (Vorjahr TEUR 385) für Zinszahlungen aufgewendet.

Aufwendungen für Leasingraten beliefen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 161 (Vorjahr TEUR 107). Die Leasingraten betrafen i.W. Leasingverträge für Dienstwagen von Mitarbeitern. Der diesbezügliche Mittelabfluss ist im operativen Mittelfluss erfasst.

Insgesamt erhöht sich der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag um TEUR 828 auf TEUR 668. Der Finanzmittelfonds setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus Bankguthaben in Höhe von TEUR 2.155 und kurzfristige Kontokorrentverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.822.

Am Bilanzstichtag bestanden Bürgschaftsverpflichtungen aus Mietkaufverträgen verbundener Unternehmen in Höhe von TEUR 34. Zugunsten der ABO Kraft & Wärme Ramstein GmbH & Co. KG wurde durch die ABO Kraft & Wärme AG eine Patronatserklärung zwecks Absicherung eines Bankdarlehens abgegeben. Diese bestand während des Geschäftsjahrs und verlor ihre Gültigkeit mit vollständiger Tilgung des Bankdarlehens.

Zugunsten der ABO Kraft & Wärme Ramstein GmbH & Co. KG, ABO Kraft & Wärme Ettinghausen GmbH & Co. KG, ABO Kraft & Wärme Zülpich GmbH & Co. KG und ABO Kraft & Wärme Hammelbüsch GmbH & Co. KG wurde durch die ABO Kraft & Wärme AG je eine Patronatserklärung aus beihilferechtlichen Gründen abgegeben. Die verbundenen

Unternehmen haben bis dato alle Raten fristgerecht zurückgezahlt. Wir gehen daher davon aus, dass diese ihre Verpflichtungen auch weiterhin vertragsmäßig erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme wird daher nicht gerechnet.

3.3.2 Finanzlage der ABO Kraft & Wärme AG

Die ABO Kraft & Wärme AG ist als Muttergesellschaft ihrer operativ tätigen Tochtergesellschaft eine Holdinggesellschaft ohne wesentlichen operativen Betrieb. Umsätze werden in der Gesellschaft keine generiert. Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen und die Vorstandsgehälter führen zu einem operativen Mittelabfluss i.H.v. TEUR 73.

Im Geschäftsjahr 2025 flossen TEUR 6.107 für die Investitionstätigkeit und in die Finanzierung des laufenden Betriebs der Tochtergesellschaften ab. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf TEUR 6.050. Hiervon entfallen TEUR 3.000 auf eine Kapitalerhöhung und TEUR 3.250 auf die Ausgabe von insgesamt zwei Nachrangdarlehen mit einer Laufzeit bis 2027.

Insgesamt reduziert sich der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag um TEUR 131 auf TEUR 41. Der Finanzmittelfonds setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus Bankguthaben in Höhe von TEUR 59 und kurzfristige Kontokorrentverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 100.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Prognosebericht

1.1 Prognosebericht des ABO Kraft & Wärme Konzerns

Für das Geschäftsjahr 2026 erwarten wir im ABO Kraft & Wärme Konzern einen Umsatz auf dem Niveau des Vorjahres von rd. TEUR 15.000 und ein EBITDA im sechsstelligen Bereich von TEUR 400 bis TEUR 500. Unserer Planung zufolge ist für das Jahr 2026 ein negatives Konzernergebnis im siebenstelligen Bereich um TEUR 3.000 zu erwarten. Wir planen durch Verhandlungen für verbesserte Konditionen bei der Abfallannahme und stetige ertragsoptimierte Beschaffung von Lebensmittelabfällen wie z.B. Palettenware und Rückstellproben der Lebensmittelindustrien die Ertragslage im Vergleich zu den Vorjahren weiter zu verbessern. Gasmengen, die über die bereits kontrahierten Mengen produziert werden, sollen zu optimalen Zeitpunkten umsatzmaximierend auf dem Spotmarkt verkauft werden. Zusammen mit geplanten Kosteneinsparung beim z.B. Personalaufwand oder durch Internalisierung derzeit noch fremdvergebener Buchhaltungsarbeiten sowie bei weiteren Aufwandspositionen soll insgesamt die Ertragslage kontinuierlich verbessert werden. Mit der erfolgreichen Umsetzung der geplanten Umbauarbeiten an den einzelnen Standorten erwarten

wir dann im mittelfristigen Horizont Jahresüberschüsse sowie insgesamt positive Cashflows aus dem Betrieb der jeweiligen Anlagen. Ein positiver Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird danach voraussichtlich frühestens im Geschäftsjahr 2028 nach dem Abschluss der Umbauarbeiten zur Biomethaneinspeisung bei den ersten Anlagen zu erwarten sein. Mit einem positiven Konzernergebnis rechnen wir auf mittlere Sicht.

Eine Erhöhung des Umsatzes einerseits und Kosteneinsparungen auf der anderen Seite sollen die operative Finanzlage verbessern. Die für den Umbau zu Biomethaneinspeiseanlagen erforderlichen Planungs- und Bauleistungen erfordern im Planungszeitraum von 2026 bis 2028 weitere Mittel i.H.v. insgesamt ca. TEUR 28.000. Wir planen mit einem Fremdkapitalanteil i.H.v. ca. TEUR 17.000. Im ersten Schritt soll dies durch noch einzuwerbendes Kapital von Investoren erfolgen. Dazu wurde Anfang des Jahres 2025 ein in der Biogasbranche renommiertes Beratungsunternehmen beauftragt, diesen Prozess zu unterstützen und die Investorenansprache durchzuführen. Aufgrund der verbesserten Rahmenbedingungen wurde uns für 2026 ein gestiegenes Interesse von Investoren an Biogasanlagen signalisiert. Wir erwarten im Jahresverlauf ein erfolgreiches Einwerben von Eigenkapital oder der Veräußerung von einzelnen Betreibergesellschaften respektive deren Anlagevermögen.

Mit dem Voranschreiten der Planungsleistungen erwarten wir im Laufe des zweiten Halbjahres in einigen Projekten die Planreife, so dass die Grundlagen für die Bankenansprache geschaffen sein wird. Auch wenn viele Banken sich in der Vergangenheit aus der Finanzierung von Biogasanlagen zurückgezogen haben, sehen wir erste Anzeichen eines steigenden Interesses an der Finanzierung von Biogasanlagen. Wir rechnen im Laufe des zweiten Halbjahres 2026 mit zumindest positiven Interessensbekundungen, idealerweise mit konkreten Finanzierungsangeboten.

Für alle Biogas- und Abfallvergärungsanlagen erwarten wir einen ruhigen Geschäftsverlauf. An einzelnen Standorten werden wir gezielte Maßnahmen zur Instandhaltung und zur Verbesserung des Produktionsablaufes vornehmen. Zu nennen sind beispielhaft Behälterreinigungen und Silosanierungen sowie eine Nachrüstung einer Heizungs-Druckhalteanlage am Standort Zülpich und der Umbau der Fütterungsstrecke am Standort Ramstein.

Der Contracting-Standort in Berlin ist Anfang 2026 in Betrieb genommen worden. Die im zeitlichen Zusammenhang mit einer Inbetriebnahme üblicherweise auftretenden technischen Schwierigkeiten werden abgearbeitet. Gleichzeitig steht der weitere Vertrieb des Mieterstrommodells an, um die geplanten Umsatzerlöse dauerhaft zu erreichen.

Die Planungen der Umbauten von einzelnen Biogas-Verstromungsanlagen zu Biomethaneinspeiseanlagen werden weiter vorangetrieben. Für den Standort Neulewin erwarten wir für die zweite Hälfte 2026 die B-Plan Reife, so dass wir im Anschluss hieran den BImSchG-Antrag einreichen wollen. Die Genehmigungsanträge für den Umbau der Standorte Friedland und Ettinghausen soll ebenfalls im Laufe dieses Jahres eingereicht werden. Mit der Erteilung der jeweiligen Genehmigungen ist somit ab 2027 zu rechnen.

Die Planungsleistungen sollen zu einem wesentlichen Anteil durch Mitarbeiter des konzerneigenen Dienstleisters erbracht werden. Wir planen im Konzern mit aktivierbaren Eigenleistungen im mittleren sechsstelligen Bereich. Dies trägt zum oben genannten, erwarteten Konzernumsatz bei.

1.2 Prognosebericht der ABO Kraft & Wärme AG

Wie in den Vorjahren ist die Erwartung an den Erfolg der ABO Kraft & Wärme AG im Geschäftsjahr 2026 an den Erfolg der operativ tätigen Tochtergesellschaften geknüpft. Leistungskennzahlen sind ausschließlich auf Konzernebene festgelegt. Es wird ein Jahresergebnis in einer Größenordnung von TEUR 400 bis TEUR 500 erwartet.

2. Chancen- und Risikobericht

Der Konzern ist einer Reihe von Risiken ausgesetzt. Gleichzeitig bestehen oder ergeben sich aus dem unternehmerischen Handeln Chancen, die die Plan- und Zielerreichung unterstützen. Sie können auch zu einer Übererfüllung des Plans führen. Nachfolgend sind die wesentlichen Chancen und Risiken dargestellt. Da der Erfolg der Muttergesellschaft ausschließlich vom Erfolg ihrer Tochtergesellschaften abhängt, findet eine einheitliche Betrachtung der Chancen und Risiken auf Konzernebene statt.

Die Betrachtung der Risiken erfolgt laufend, so dass bei wesentlichen und beeinflussbaren Änderungen zeitnah reagiert werden kann. In der Organisationsstruktur setzen wir auf eine klare Trennung zwischen den operativen Fachabteilungen und der Buchhaltung respektive Rechnungswesen, um so bei allen rechnungslegungsrelevanten Vorgängen das Vier-Augen-Prinzip sicherzustellen. IT-Systeme unterstützen den im wesentlichen Teilen automatisierten Rechnungslegungs- und Buchhaltungsprozess. Der Zugang zu den für die Rechnungslegung genutzten IT-Systemen ist durch ein Berechtigungskonzept geschützt.

Auf verschiedenen organisatorischen Ebenen erfolgen monatlich bzw. quartalsweise Abstimmungen, um Risiken der Ertrags- und Finanzlage zu identifizieren und Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Finanzlage wird wöchentlich aktualisiert. Es erfolgt somit eine Enge Überwachung, um zeitnah auf Risiken reagieren zu können. Die technisch-

operative Überwachung des Produktionsbetriebs in den Betreibergesellschaften des ABO Kraft & Wärme Konzerns erfolgt laufend. Bei Vorfällen, die einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftige Ertragslage haben können, erfolgt eine zeitnahe Information an das Management. Die Vermögenslage wird systematisch einmal pro Jahr im Zuge des Jahres- und Konzernabschlusses auf Risiken analysiert, identifiziert und bewertet.

Die Neubewertung der folgend aufgeführten Chancen und Risiken erfolgt jährlich für einen Zeitraum von drei Jahren im Zuge der Erstellung dieses Berichts.

Im Folgenden werden die Risiken sowie die etablierten Maßnahmen zur Reduzierung der Risiken dargestellt, so dass es sich hier um die Darstellung von sogenannten Nettorisiken handelt.

Verfügbarkeit und Preise von Rohstoffen / Substraten

Ein wesentliches Risiko bei der Strom-, Gas- und Wärmeproduktion in Abfallvergärungs- oder Biogasanlagen besteht hinsichtlich der Verfügbarkeit von Substraten (Preis, Menge und Qualität). Preis, Menge und Qualität der Substrate werden am Ende des jeweiligen Vorjahres für das kommende Jahr festgelegt. Es wird eine vollständige Sicherung der Substratversorgung angestrebt, was in den vergangenen Jahren regelmäßig umgesetzt werden konnte.

Biogasanlagen

Biogasanlagen hängen von der Verfügbarkeit von nachwachsenden Rohstoffen wie Getreide und Mais sowie von Wirtschaftsdünger wie Rindergülle, Schweine- oder Pferdemist ab. Gute und langjährige Geschäftsbeziehungen zu regional ansässigen Landwirten bzw. Viehbetrieben und Pferdehöfen stellen eine solide Versorgungsbasis dar – auch bei marktüblich kurzfristig laufenden Lieferverträgen. Das Versorgungsrisiko kann auch durch eine breite Mischung geeigneter Substratarten reduziert werden. Wenn mehr Substratarten in Frage kommen, wächst die Zahl potenzieller Zulieferer. Gleichmaßen erhöht sich der Wettbewerb unter den Zulieferern, was das Preisrisiko verringert. Bedingt durch die in diesem Bereich übliche Kurzfristigkeit der Verträge verbleibt gleichwohl ein Preisänderungsrisiko über die Projektlaufzeit. Kriege in der nahen Vergangenheit zeigen die Anfälligkeit von Weltmarktpreisen. Eine starke Abhängigkeit von Just-in-Time-Lieferungen für nachwachsende Rohstoffe birgt somit ein erhebliches Kostenrisiko. Mittel- bis langfristige Lieferverträge mit Landwirten, vor der Aussaat vereinbarte kurzfristige Verträge sowie langjährige Geschäftsbeziehungen reduzieren den Bedarf an Just-in-Time-Lieferungen und somit die

Auswirkungen kurzfristiger Preisänderungen. Kurzfristig laufende Lieferverträge, besonders solche mit jährlichen Preisanpassungen, beinhalten ein Inflationsrisiko.

Die Versorgungssicherheit der **nachwachsenden Rohstoffe** kann durch Klima- und Witterungseinflüsse beeinträchtigt werden. Zunehmende Trockenheit und ein dadurch sinkender Ernte-Ertrag pro Hektar herkömmlicher Pflanzen können das Angebot verknappen. Das würde zu steigenden Preisen führen. Hohe Niederschlagsmengen reduzieren den organischen Anteil des Substrats und damit den Gasertrag pro Tonne. Diese geringere Qualität wird zwar bei der Preisgestaltung der Lieferverträge berücksichtigt. Um die geplante Gasmenge zu erreichen, können jedoch zusätzliche, auf dem Spotmarkt zu beziehende und damit relativ teure Substratmengen erforderlich sein.

Fortschrittliche bzw. alternative nachwachsende Rohstoffe können jedoch Chancen bieten, um die Versorgung mit Substraten auf eine breitere Basis zu stellen und Risiken aus der Klimaveränderung abzufangen. Bisher haben sich jedoch noch keine Alternativen etabliert, die ausschließlich als Substrat und nicht als Lebens- und / oder Futtermittel eingesetzt werden können.

Die unter dem Begriff **Wirtschaftsdünger** zusammengefassten Mist- und Güllearten unterschiedlichster Nutztiere unterliegen überwiegend einem Mengenrisiko. Das Risiko für Qualitätsschwankungen ist hier deutlich geringer. Die verfügbare Menge hängt von den landwirtschaftlichen Strukturen und dem regionalen Viehbestand ab. Gute und langjährige Geschäftsbeziehungen zu regional ansässigen Viehbetrieben sichern eine stabile Versorgung der Biogasanlagen mit Wirtschaftsdünger. Üblicherweise wird mit Viehbetrieben vereinbart, dass sie im Gegenzug zur Gülle- und Mistlieferung hochwertige Gärprodukte erhalten. Somit werden die Lieferanten an die Biogasanlage gebunden und es entsteht über eine Identifikation mit der belieferten Biogasanlage ein Vertrauens- und Abhängigkeitsverhältnis. Das Risiko, dass ein Lieferant mit einem großen Mengenanteil teilweise oder vollständig ausfällt, – z.B. durch Umstellung auf Biobetrieb oder Betriebsaufgabe –, kann durch langjährige Geschäftsbeziehungen zu mehreren anderen Viehbetrieben reduziert werden. Gleichwohl ist das Potential zu diversifizieren regional unterschiedlich. In Gebieten mit großen landwirtschaftlichen Betrieben wie in den östlichen Bundesländern ist eine Verteilung der Belieferung auf viele Betriebe nicht in dem Umfang gegeben wie im relativ kleinteilig strukturierten Westen von Deutschland.

Die Zertifizierung von Biogasanlagen entsprechend der RED-III-Vorgaben begünstigt weiterhin den Einsatz von Wirtschaftsdünger, wodurch Mehrerlöse generiert werden. Landwirte, die diesen Zusammenhang erkennen, dürften über kurz oder lang den Preis für

Wirtschaftsdünger erhöhen. Durch die gesetzliche Förderung des Wirtschaftsdüngers bei Verwendung im Verkehrssektor ergeben sich Chancen zu Mehrerlösen für das in das Gasnetz eingespeiste Biogas. Die Umstellung zu einem höheren Anteil von Wirtschaftsdünger reduziert gleichzeitig das klima- und witterungsbedingte Mengenrisiko.

Gemäß unserer Planung sind nach dem aktuellen Stand die für die Anlage in Ramstein benötigten Substrate für 2026 vollständig und für 2027 nahezu vollständig vertraglich gesichert. Aufgrund des weiterhin starken Lieferinteresses von Landwirten, auch für Wirtschaftsdünger, rechnen wir daher auch für die nächsten Jahre damit, dass die Anlage ausreichend mit Substraten versorgt ist und planmäßig betrieben werden kann.

Die Biogasanlagen des Brandenburg-Portfolios haben das für 2026 und teilweise auch für 2027 notwendige Material ebenfalls vertraglich gesichert.

Abfallvergärungsanlagen

Abfallvergärungsanlagen unterliegen dem Verfügbarkeits- und Preisrisiko auf dem Lebensmittelabfallmarkt.

Ähnlich wie bei Biogasanlagen reduziert sich das Verfügbarkeitsrisiko, wenn mehr Stoffströme (Substratarten) in Frage kommen. Die Zahl potenzieller Zulieferer wächst, wodurch sich der Wettbewerb unter den Zulieferern erhöht und sich das Preisrisiko verringert. Lieferverträge sind – sofern sie überhaupt vereinbart werden können – ebenfalls üblicherweise mit einer kurzen Laufzeit abgeschlossen, wodurch ein Preisänderungsrisiko über die Projektlaufzeit verbleibt. Gleichzeitig bieten jedoch Verträge mit kurzer Laufzeit die Chance eines Markteintritts neuer Anlagen wie z.B. für die Abfallvergärungsanlage Zülpich oder die Anlage Hammelbüsch, die zu einer Abfallvergärungsanlage umgebaut werden soll. Damit die neuen Anlagen sich bei den Entsorgungsbetrieben etablieren können, kann die Annahme von Lebensmittelabfälle für kurze Dauer für Preise unter Marktniveau angeboten werden, bevor sie dann auf Marktniveau angehoben werden.

Chancen bestehen in der Annahme von Abfallmengen aus Probenrückstellungen und Fehlproduktionen der Lebensmittelindustrie. Bei geeigneten Lagerungsmöglichkeiten können eventuelle kurzfristige Lieferausfälle der Vertragspartner kompensiert und Zusatzerlöse erzielt werden. Mittlerweile bestehen bei den beiden Anlagen in Ettinghausen und Zülpich erweiterte Lagerungsmöglichkeiten, so dass bereits erfolgreiche Verhandlungen mit Lebensmittelproduzenten bezüglich der Annahme von Mengen aus Überproduktion sowie Rückläufern und Lagerschäden geführt werden konnten. Der Betrieb von

Abfallvergärungsanlagen in geografischer Nähe zueinander ermöglichen den Austausch von Lebensmittelabfallmengen. Verfügbare Mengen oberhalb der Verarbeitungskapazität in einer Region kann so die Versorgungslücke in einer anderen Region ausgleichen (interne Stoffstrombörse).

Marktchancen und -risiken

Die Biogas- und Abfallvergärungsanlagen sind aktiv auf verschiedenen Märkten, deren Chancen und Risiken im Folgenden beleuchtet werden. Die Märkte für erneuerbare Energien befinden sich im Wandel von einem Markt mit festen geförderten Preisen zu einem Markt mit durch Angebot und Nachfrage bestimmten Preis. In den Folgejahren können sich somit Änderungen bei der Einschätzung von Risiken ergeben.

Strommarkt

Angebot und Nachfrage bestimmen den Strompreis an der Börse. Der von Biogas- und Abfallvergärungsanlagen erzeugte und eingespeiste Strom wird jedoch grundsätzlich auf Basis der im EEG festgesetzten Sätzen vergütet, die in der Vergangenheit deutlich über dem Marktpreis lagen. Die Vergütungen werden für einen Zeitraum von 20 Jahren gezahlt. Danach kann unter bestimmten Bedingungen eine Verlängerung dieses Zeitraums im Rahmen von Ausschreibungen um 10 Jahre erreicht werden. Die EEG-Vergütung für eingespeisten Strom aus Abfallvergärungsanlagen liegt im Mittel bei rund 12,5 ct/kWh. Da der Bezug von Strom für die Eigennutzung in den Anlagen wesentlich teurer ist, wird in den Abfallvergärungsanlagen der Eigenbedarf durch den selbst erzeugten Strom gedeckt und somit das Marktpreisrisiko beim Bezug weitgehend vermieden.

Auf dem Strommarkt bestehen eine Vielzahl von Teilmärkten, auf denen unterschiedliche Stromqualitäten gehandelt werden. So bietet die Teilnahme am Strommarkt für Regelenergie die Möglichkeit für Zusatzerlöse. Bei Frequenzschwankungen z.B. aufgrund fluktuierender Wind-Stromerzeugung tragen Biogasanlagen zur Netzstabilität bei. Dies wird seitens der Übertragungsnetzbetreiber zusätzlich vergütet.

Die Vergütung aus der Stromeinspeisung sind langfristig bis zum jeweiligen Ende des EEG-Vergütungszeitraums gesichert. Da die Verstromungsanlagen des ABO Kraft & Wärme Konzerns mittelfristig zu Biomethaneinspeiseanlagen umgebaut werden und dann die Stromproduktion fast ausschließlich für die Eigenstromnutzung vorgesehen ist, wird sich die Abhängigkeit des ABO Kraft & Wärme Konzerns vom Strommarkt mittelfristig stark reduzieren.

Gasmarkt und Markt für Treibhausgaszertifikate

Auf dem Gasmarkt verhält es sich ähnlich. Einerseits entsteht der Gaspreis durch Angebot und Nachfrage, andererseits wird das in das Erdgasnetz eingespeiste Biomethan von Gashändlern abgenommen, die die Mengen an Heizkraftwerke zur Stromerzeugung mit Kraft-Wärme-Kopplung oder zum Einsatz in anderen Verbrauchssektoren abgeben. Der Gaspreis für den Einsatz in der Kraft-Wärme-Kopplung richtet sich nach den Fördersätzen des EEG für Strom aus erneuerbaren Energien. Auf lange Sicht werden die EEG-Vergütungssätze an Bedeutung verlieren und der am Gasmarkt durch Angebot und Nachfrage entstandene Preis an Bedeutung gewinnen. Hier bestimmt zunehmend der Einsatz im Verkehrs- und Wärmebereich den Preis.

Der Ukraine-Krieg hat die geopolitische Abhängigkeit Deutschlands von der Energieversorgung deutlich gemacht. Der Ende Februar 2026 gestartete US-amerikanische / israelische Angriff auf Iran und Irans Reaktion mit der faktischen Sperrung der Straße von Hormus zeigt außerdem die Abhängigkeit des in Deutschland zu zahlenden Weltmarktpreises. Auch wenn mengenmäßig durch den neuen Krieg keine Gasmangellage in Deutschland entstehen dürfte, ist in Deutschland der Weltmarktpreis für Gas zu zahlen. Die deutsche Wirtschaft wird entsprechend belastet. Die Substitution von aus dem Ausland bezogenen Erdgas durch vor Ort in das deutsche Erdgasnetz direkt eingespeiste Biogas (Biomethan) hilft somit bei der energiewirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschland. Bei steigender Nachfrage nach in Deutschland vor Ort erzeugtem Biogas ist mit steigenden Vergütungspreisen zu rechnen. Kurz- bis mittelfristige Gaseinspeiseverträge bieten die Chance, von steigenden Vergütungen zu profitieren. Ein eigener Bilanzkreis für die erzeugten Gaseinspeisemengen ermöglicht einen bedarfsorientierten Verkauf der erzeugten Gasmengen mit unterschiedlichen Gasqualitäten. Die Bestands-Anlagen in Ramstein und in Zülpich verfügen über einen Gasnetzanschluss – für Ettinghausen und die Anlagen des Brandenburg-Portfolios sind diese geplant. Die technischen und zum Teil auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Teilnahme an der Entwicklung in diesem Marktsegment sind somit gegeben. Für alle in 2023 erworbenen Projekte steht der Umbau zu einer Gaseinspeiseanlage im Fokus.

Ein weiterer Einflussfaktor auf den Gaspreis stellt das mit dem Biomethan verbundene Treibhausgasminderungspotenzial dar. Gas, das aus Rohstoffen mit einem hohen Treibhausgasminderungspotenzial wie z.B. Gülle und Mist sowie biogener Abfall gewonnen wird, ist als fortschrittlicher Kraftstoff klassifiziert und kann so z.B. als CNG oder LNG (Flüssiggas) im Verkehrssektor eingesetzt werden und so herkömmliche Kraftstoffe ersetzen. Die Mineralölkonzerne können auf diesem Wege ihre gesetzliche Pflicht zur Reduzierung des

Kohlenstoffdioxidausstoßes erfüllen. Je größer das Treibhausgasminderungspotenzial des erzeugten Gases, desto höher der Preis für das Biomethan. Um die dringend notwendige Dekarbonisierung im Verkehrssektor voranzutreiben, hat der Gesetzgeber das Instrument der Treibhausgasminderungszertifikate geschaffen. Durch eine regulatorische Verknappung der Zertifikate über die Zeit werden hohe finanzielle Anreize zum verstärkten Einsatz von Biomethan im Verkehrssektor geschaffen. In Diskussionen in Fachkreisen zeigt sich, dass Biogas ein großes Potential für einen positiven Beitrag auf dem Weg zur CO₂-Neutralität im Verkehrssektor birgt. Vorteilhaft ist, dass zum einen auf der Erzeugerseite, also den Biogasanlagen, etablierte Technologien verfügbar sind. Zum anderen trifft dies auch auf die Verwertungsseite zu. Zu nennen sind hier z.B. der Einsatz von Gas als komprimiertes oder verflüssigtes Gas im Schwerlastverkehr.

Trotz geringerer klimapolitischer Rhetorik setzt die seit Mai 2025 amtierende Regierung mithilfe eines im März 2025 beschlossenen Sondervermögens Infrastruktur weiterhin auf hohe Investitionen in Energie-, Verkehrs- und Klimaschutzprojekte. Auch die Europäische Union hält an ihrer klimapolitischen Ausrichtung fest und hat zum Beispiel die Anforderungen im Verkehrssektor mit Hilfe der RED-III verschärft. Bis 2030 müssen die Mitgliedstaaten entweder 29 % erneuerbare Energien im Verkehr erreichen oder die THG-Intensität um 14,5 % senken. Deutschland ergänzt dies durch eine geplante Ausweitung der THG-Quote auf 53 % bis 2040, was den Druck auf den Kraftstoffmarkt erhöht und den Einsatz nachhaltiger Energieträger fördert.

Für die Biogas- und Biomethanbranche ergeben sich dadurch attraktive Marktchancen. Seit 2025 dürfen nur noch RED-III-konforme Zertifikate ausgestellt werden, und Anlagen müssen teils bis zu 80 % THG-Reduktion gegenüber fossilen Referenzen nachweisen¹⁵. Substrate wie Wirtschaftsdünger und biogene Abfälle erzielen besonders hohe Einsparwerte und damit steigende Erlöse von Zertifikaten im Verkehrssektor.

Insgesamt bleiben die Rahmenbedingungen trotz Regierungswechsel klar klimazielorientiert und sichern langfristig eine wachsende Nachfrage nach fortschrittlichen Kraftstoffen und THG-Zertifikaten.

Für das NaWaRo Gas der Biogasanlage Ramstein ist die Vergütung bis einschließlich 2031 in einem Umfang von 18 GWh vertraglich gesichert. Für weitere rd. 9 GWh für Gas aus

¹⁵ Vgl. RICHTLINIE (EU) 2023/2413 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 18. Oktober 2023 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001, der Verordnung (EU) 2018/1999 und der Richtlinie 98/70/EG im Hinblick auf die Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen und zur Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/652 des Rates, dort Artikel 1 Änderung der Richtlinie (EU) 2018/2001, Ziffer 19; Änderung Artikel 29: Artikel 29 Absatz 10 Unterabsatz 1 lit. h); abrufbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32023L2413>, abgerufen am 27.04.2026

Wirtschaftsdünger ist die Abnahme bis Ende 2027 gesichert. Die Vergütung aus der Gaseinspeisung wird spätestens im 4. Quartal des jeweiligen Vorjahres vertraglich für ca. 80 % der zu produzierenden Mengen festgelegt. Die Gaseinspeisung erfolgt nach Fahrplan. Darüber hinaus produzierte Mengen werden unterjährig am Spotmarkt verkauft und sind damit von folgend beschriebenen Chancen und Risiken betroffen. Ziel des ABO Kraft & Wärme Konzerns ist die Fokussierung auf die Biomethaneinspeisung auf Basis von vorrangig Wirtschaftsdünger. Damit ist der Gas- und Treibhausgas-Zertifikatemarkt auf lange Frist von erheblicher Bedeutung für den ABO Kraft Wärme Konzern.

Zwar ist die Prognose des zu erzielenden Gaspreises über die gesamte Projektlaufzeit mit Unsicherheit behaftet. Derzeit aber scheinen die Chancen auf weiter steigende Zusatzerlöse aus der Vermarktung von Treibhausgaszertifikaten zu überwiegen.

Energieversorgung von Wohn- und Gewerbeimmobilien

Im Zusammenhang mit dem Energie-Contracting des ABO Kraft & Wärme Konzerns ist die allgemeine Preisentwicklung für konventionelle Wärme- und Stromversorgung von Wohn- und Gewerbeimmobilien von Bedeutung. Die Energieversorgungskonzepte des ABO Kraft & Wärme Konzerns, die Wohn- und Gewerbeimmobilien mittels kleinerer Blockheizkraftwerke, PV Aufdachanlagen sowie Wärmepumpen effizient und klimafreundlich mit Wärme und Strom versorgen, konkurrieren mit Energiekonzepten aus konventionellen Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen. Die allgemeine Preisentwicklung für die konventionelle Wärme- und Stromversorgung bestimmt die Wirtschaftlichkeit der Energiekonzepte auf Basis erneuerbarer Energien. Günstiges Erdgas in Verbindung mit etablierter Strom- und Wärmeerzeugungstechnik verschaffte konventioneller Energieversorgung bislang wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem Einsatz erneuerbarer Energien.

Die Rahmenbedingungen für Energie-Contracting in Deutschland entwickeln sich weiterhin dynamisch. Die konventionelle Energieversorgung bleibt aufgrund volatiler Gas- und Strompreise ein Kostenrisiko. Die Gaspreise liegen trotz Marktstabilisierung weiter über dem Vorkrisenniveau, insbesondere aufgrund geopolitischer Unsicherheiten und der schrittweisen EU-Restriktionen für russisches LNG bis 2027. Parallel nimmt der Anteil erneuerbarer Energien weiter zu und erreichte 2025 über 55 %¹⁶ des deutschen Stromverbrauchs, begleitet von starkem PV- und Wärmeerzeugungszuwachs.

¹⁶ Erneuerbarer Strom – weiterhin Eckpfeiler der Energiewende, Newsletter vom 05.03.2026, Hrsg. Umweltbundesamt; abrufbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/erneuerbare-energien-in-deutschland-wachstum-2025>, abgerufen am 27.04.2026

Politisch befindet sich der Wärmesektor in einer Übergangsphase: Das Gebäudeenergiegesetz wird 2026 durch ein technologieoffeneres Gebäudemodernisierungsgesetz ersetzt. Die bisherige 65-Prozent-EE-Pflicht soll entfallen, während neue Gas- und Ölheizungen künftig steigende Anteile CO₂-neutraler Brennstoffe nutzen müssen (Bio-Treppe). Die Bundesförderung für effiziente Gebäude bleibt mindestens bis 2029 bestehen und unterstützt weiterhin Wärmepumpen und andere erneuerbare Technologien.

Insgesamt bleibt Energie-Contracting aufgrund von sich vollziehenden politischen Anpassungen ein komplexes und damit im Betrieb ein personalintensives Geschäftsfeld mit geringen Margen. Energie-Contracting dürfte langfristig ein wachsender Markt mit steigender Relevanz sein. Energieversorgungsunternehmen dürften aufgrund der bei ihnen möglichen Skaleneffekten eher davon profitieren als die ABO Kraft & Wärme. Umsatzerlöse aus dem Energiecontracting der ABO Kraft & Wärme tragen zu einem sehr geringen Anteil zum Konzernumsatz bei. Veränderungen am Energieversorgungsmarkt haben damit aus Konzernsicht keine wesentliche Bedeutung.

Baustoff- und Industriegütermarkt

Der Markt für Baustoffe und Industriegüter ist bedeutsam für die ABO Kraft & Wärme, da der Konzern plant, durch den Umbau von Bestandsanlagen zu wachsen. Die Kosten für die Umbau- und Sanierungsmaßnahmen hängen stark vom Baustoff- und Industriegütermarkt ab. Nach der in der mittleren Frist erfolgten Umsetzung der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sinkt die Abhängigkeit vom Markt für Baustoffe und Industriegüter deutlich und beschränkt sich dann lediglich auf die laufend erforderlichen Instandhaltungsarbeiten.

Der Markt für Baustoffe hängt von der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland ab. Steigen die Löhne und Materialkosten für Rohstoffe und Baumaterialien, erhöhen sich die Baukosten. Sinken die Bauzinsen, wird Immobilienbesitz attraktiver und die Bautätigkeiten steigen. Entsprechend steigt die Nachfrage nach Baumaterial. Höhere Baukosten führen zu höheren Investitionen, was einen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit hat. Ähnlich verhält es sich mit dem Markt der Industriegüter. Eine positive Konjunktorentwicklung führt zu steigenden Investitionen und damit zu steigender Nachfrage nach Industriegütern z.B. aus dem Maschinen- und Anlagenbau. Die Anschaffungskosten für Pumpen, Rührwerke, Blockheizkraftwerke, Fütterungssysteme etc. steigen und erhöhen so die Umbaukosten nach einem Erwerb von Biogasanlagen.

Das Zinsniveau hat sich seit 2025 stabilisiert. Der Leitzins der EZB blieb seit Juni 2025 unverändert bei 2 %¹⁷. Allerdings stiegen parallel die Baugenehmigungen für Wohnungen 2025 gegenüber 2024 um +10,8 %. Hingegen ist die Zahl der Genehmigungen im Bereich Nichtwohngebäude wie z.B. Fabrikgebäude und Lagerhallen um 5,2 % gegenüber 2024 gesunken¹⁸. Während das Risiko von Zinssteigerungen im Vergleich zu den Vorjahren scheinbar gesunken ist, stellt sich das Risiko von Baukostensteigerungen eher undifferenziert dar. Trotz gestiegener Anzahl von Genehmigungen halten sich die Bauherren aufgrund hoher Kosten, Auflagen und Bürokratie mit der Umsetzung von Baumaßnahmen zurück¹⁹. Gestiegene Anzahl an Baugenehmigungen dürften zu Baukostensteigerungen führen, sofern die Bundesregierung den sogenannten Bauturbo einlegt und Baumaßnahmen stärker fördert. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsneigung ist im industriellen Umfeld gedämpft. Die Kapazitätsauslastung im Maschinen- und Anlagenbau lag 2025 bei nur 80,8 %, und nur jeder fünfte Befragte erwartet eine positive wirtschaftliche Entwicklung für 2026, 31 % ist unentschlossen. Es überwiegt die Skepsis und nur die Minderheit ist von einer positiven Entwicklung überzeugt.²⁰ Somit könnten die Kosten für die Industrietechnik sinken.

Geschickte Verhandlungen oder die Ausnutzung saisonaler Schwankungen in der Nachfrage nach Baustoffen und Industriegütern können das Risiko steigender Preise zum Teil mildern.

Politische Rahmenbedingungen

Die Vergütung der Biogasanlagen aus der Stromeinspeisung und aus der Gaseinspeisung beruhen auf den im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) geregelten Vergütungssätzen sowie von Richtlinien und Gesetzen zur Minderung von Treibhausgasemissionen auf Ebene der Europäischen Union oder der Bundesrepublik Deutschland. Änderungen im Förderungsregime der Gas- und Stromerzeugung aus Biomasse wirken sich auf die Ertragslage der Betreibergesellschaften und damit auf den wirtschaftlichen Erfolg der ABO

¹⁷ Vgl. EZB-Zinsentscheide 2025 & 2026, abrufbar unter: <https://finanzfacts.de/wiki/leitzins/>, abgerufen am 27.04.2026

¹⁸ 10,8 % mehr Baugenehmigungen für Wohnungen im Jahr 2025 - Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 052 vom 18. Februar 2026, abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2026/02/PD26_052_3111.html, abgerufen am 27.04.2026

¹⁹ Baugenehmigungen steigen – trotz Marktunsicherheit - Bauindustrie, Pressemitteilung der Bauindustrie vom 17.04.2026, abrufbar unter: <https://www.bauindustrie.de/themen/artikel/baugenehmigungen-steigen-trotz-marktunsicherheit>, abgerufen am 27.04.2026

²⁰ Maschinenbau-Barometer, s. S. 4 und 9, Hrsg. PWC, Stand Oktober 2025; abrufbar unter: [pwc-maschinenbau-barometer-q3-2025.pdf](https://www.pwc.com/maschinenbau-barometer-q3-2025.pdf), abgerufen am 27.04.2026

Kraft & Wärme AG aus. Die politischen Rahmenbedingungen sind somit zentral für die ABO Kraft & Wärme AG.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass politische Veränderungen die Ertragslage von Biogasanlagen beeinflussen können. So hat die Bundesregierung bis zum Anfang der 2010er-Jahre die Erzeugung von Strom und Gas aus Biomasse gefördert. Zwischenzeitlich führte die sogenannte „Teller-Tank-Diskussion“ dazu, dass andere Energieträger wie Wind und Photovoltaik bevorzugt gefördert wurden und Biogasanlagen politisch eher ein Schattendasein führten. Es ist somit nicht ausgeschlossen, dass sich die gesellschaftlichen Ansichten und/oder die Programmatik der Parteien verändern. Das könnte zu einer Verschlechterung der Bedingungen zur Nutzung erneuerbarer Energien im Allgemeinen und Bioenergie im Besonderen führen. Sollte der Klimaschutz kein Ziel des politischen Handelns mehr sein, besteht das Risiko, dass dem Geschäftsmodell der ABO Kraft und Wärme das Fundament entzogen wird.

Nach Einschätzung des Vorstands messen - mit Ausnahme der AfD – jedoch alle im Deutschen Bundestag vertretenen demokratischen Parteien dem Klimaschutz und der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien grundsätzlich eine große Bedeutung zu, wenn auch einzelne Parteien wie die CDU und CSU auf Bundesebene verstärkt den Fokus auf fossilen Energieträgern oder wie die FDP auf Technologieoffenheit legt. Andererseits hat der Green Deal der Europäischen Union mit seinen Zielen für Erneuerbare Energien weiterhin seine Gültigkeit. Eine Rückkehr zu ausschließlich fossilen Energieträgern kann damit aus Sicht des Vorstands auf absehbare Zeit ausgeschlossen werden. Angesichts der aktuell regierenden Koalition aus CDU/CSU und SPD erwarten wir jedoch eine verhalten positive politische Entwicklung zugunsten des weiteren Ausbaus der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Zukünftige Änderungen der geltenden Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie der Rechtsprechung während der Gesamtlaufzeit können zusätzliche Auflagen für die Errichtung oder den Betrieb von Projekten mit sich bringen, so dass Nachrüstungen beziehungsweise eine Umstellung, Reduzierung oder auch eine Einstellung einzelner geschäftlicher Aktivitäten zu Lasten der Rentabilität der Betreibergesellschaft erforderlich werden.

Finanzielle Risiken

Die ABO Kraft & Wärme AG ist durch Eigenkapital und durch festverzinsliche, eigenkapitalersetzende Nachrangdarlehen finanziert. Zudem ist ihr eine Kreditlinie in Höhe

von TEUR 500 eingeräumt worden. Fünf der neun Betreibergesellschaften sind über Bankdarlehen zum Teil refinanziert. Die Zinszahlungen sind bis zum Ende der Kreditlaufzeit fest vereinbart. Ein Zinsänderungsrisiko besteht diesbezüglich nicht.

Ein Zinsänderungsrisiko besteht jedoch im Hinblick auf die Finanzierung der Substratbestände. Die nachwachsenden Rohstoffe werden zum Erntezeitpunkt in großen Mengen von Landwirten bezogen und eingelagert. Um die Landwirte bei Anlieferung umgehend bezahlen zu können, bestehen bei den Nawaro-Biogsanlagen Bank-Finanzierungslinien, die mit einem variablen Zinssatz finanziert sind. Steigende Kurzfrist-Zinssätze erhöhen die Zinsausgaben und stellen somit ein finanzielles Risiko dar. Die Kreditlinien sind zum Teil unbefristet (27 % des Volumens) und zum Teil befristet gewährt. Die Finanzierung der Substratbestände der Ramsteiner Anlage, die mit TEUR 2.870 von TEUR 4.370 den wesentlichen Anteil am Volumen der Gesamtkreditlinie ausmacht, ist bis 2031 gewährt und damit gemäß Vertrag und allgemeiner Vertragsbedingungen grundsätzlich nur außerordentlich kündbar. Die unbefristeten Kreditlinien sind jederzeit kündbar.

Das Ziel der ABO Kraft & Wärme ist es, durch den Ankauf von Biogasprojekten und deren Umbau mit dem Ziel langfristiger Wirtschaftlichkeit zu wachsen. Ein Teil des benötigten Kapitals soll durch Bankdarlehen finanziert werden, ein anderer Teil durch Eigenmittel.

Das Wachstum der ABO Kraft & Wärme hängt maßgeblich von verfügbaren Eigenmitteln ab. Es besteht das Risiko, dass bei nicht ausreichend verfügbaren Eigenmitteln zum geplanten Zeitpunkt die Umbaumaßnahmen nicht im geplanten Zeithorizont realisiert werden können. Somit ergibt sich hieraus das Risiko, dass geplante Inbetriebnahmen und damit der Konzernenerfolg nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt eintritt.

Der Zinssatz zum jeweiligen zukünftigen Finanzierungsabschluss ist heute noch nicht bekannt. Höhere Zinssätze beeinflussen somit die Wirtschaftlichkeit negativ und stellen somit ein Risiko für die Finanzierbarkeit der Projekte dar.

Die geschäftlichen Aktivitäten der ABO Kraft & Wärme AG beschränken sich auf das Halten und Verwalten ihrer Tochtergesellschaften. Der wirtschaftliche Erfolg der ABO Kraft & Wärme AG und des Konzerns hängt damit maßgeblich von der Vermögens- und Ertragslage sowie vom wirtschaftlichen Erfolg des Betriebs der Biogas- und Abfallvergärungsanlagen ab. Bei diesen besteht das Risiko, dass statt der eingestellten positiven eine negative Wertentwicklung eintritt, oder dass es zu erheblichen Verzögerungen bei den Projektrealisierungen und den erwarteten Gewinnen kommt.

Wesentliche Tochtergesellschaften sind durch aufgelaufene operative Verluste bilanziell überschuldet und deren Liquidität ist von Darlehen der Muttergesellschaft als auch durch kurzfristige Kreditlinien der Banken abgebildet. Durch aktives Cashmanagement im Konzern wird sichergestellt, dass die Fortbestehungsprognose für einzelne Gesellschaften aufrecht erhalten werden kann.

Personen- und Personalrisiko

Die Familien Ahn und Bockholt sind Hauptaktionäre mit derzeit zusammen ca. 53 % der Stimmrechte. Es besteht somit ein wesentlicher Einfluss der Familien und eine Abhängigkeit der Entwicklung der Gesellschaft von den Hauptgesellschaftern. Es bestehen keine Stimmrechtsvereinbarungen zwischen den Familien. Darüber hinaus hält die ABO Energy GmbH & Co. KGaA einen Stimmenanteil von 18 %, Die beiden Konzerne haben mit Ausnahme eines Rahmenvertrags für die Entwicklung von Wasserstoffprojekten keine wesentlichen Geschäftsbeziehungen untereinander.

Die ABO Kraft & Wärme ist abhängig von der Fähigkeit, qualifizierte Fachkräfte und Führungskräfte zu gewinnen und zu halten. Es ist nicht garantiert, dass ein Ausfall solcher Mitarbeiter kurzfristig durch konzerninterne gegenseitige Unterstützung ausgeglichen werden könnte. Auch ist nicht sicher, dass es gelänge, externe Dienstleister zu finden, die diese Aufgaben übernehmen. Falls sich Dienstleister finden, besteht das Risiko, dass diese höhere Preise verlangen. Darunter könnte die Profitabilität der Gesellschaft leiden. Das Personen- und Personalrisiko ist somit bedeutend für die ABO Kraft & Wärme AG und den Konzern.

Allgemeine Risiken und Chancen

Vertragslaufzeiten und Betriebsdauer

Den Kalkulationen der Abfallvergärungs- und der Biogasanlagen liegt eine angenommene Betriebsdauer zugrunde, die sich grundsätzlich aus der verbleibenden Zeit mit garantierter Vergütung sowie der möglichen Verlängerung der Laufzeit um weitere zehn Jahre ergibt. Die an verschiedenen Stellen angesprochene, von früheren Bundesregierungen angestrebte Sektorenkopplung und Forderungen nach CO₂-Reduktion im Verkehrssektor eröffnen Chancen für die Abfallvergärungs- und Biogasanlagen der ABO Kraft & Wärme, einen wirtschaftlichen Betrieb über die EEG-Förderungszeiten hinaus zu erreichen. Es besteht somit die Chance auf höhere Gesamterträge, da die Anlagen über die kalkulierte Projektdauer hinaus betrieben werden können.

Die Zertifizierung des in der Biogasanlage Ramstein erzeugten Biogases und die Prüfung alternativer Vermarktungsmöglichkeiten des in der Ettinghausener Anlage erzeugten Biogases

eröffnen die Chance zu einem Betrieb über die EEG-Laufzeit einschließlich Verlängerung hinaus. Eine kürzere Laufzeit der Projekte würde Erträge und Rendite schmälern.

Betriebsrisiken

Technische und biologische Schwierigkeiten können bei einer Biogasanlage schnell zu einer geringen spezifischen Gasausbeute und damit zu einer schlechteren Wirtschaftlichkeit führen. Kleinere Biogasanlagen auf Nawaro-Basis, die einem hohen Fixkostenanteil unterliegen, sind diesem Risiko in größerem Maße ausgesetzt als Biogasanlagen mit größerer Kapazität.

Das strategische Wachstum des ABO Kraft & Wärme Konzerns zielt zur Reduzierung des Fixkostenrisikos darauf ab, Biogas- bzw. Abfallvergärungsanlagen mit höherer Kapazität in einem industriellen Maßstab zu betreiben.

Für die einzelnen Anlagen werden Versicherungen im marktüblichen Umfang abgeschlossen. Der Umfang der Versicherungen wird unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzen laufend überprüft und bei Bedarf angepasst. Der Versicherungsschutz umfasst üblicherweise keinen Verschleiß. Zusätzliche Kosten, insbesondere durch Reparaturen, die über die Gewährleistung oder über den Versicherungsschutz hinausgehen, sind nicht auszuschließen.

Im Zusammenhang mit Umbaumaßnahmen werden branchenübliche Gewährleistungsfristen vereinbart, die im Regelfall mit Gewährleistungsbürgschaften der Lieferanten und Bauleistenden hinterlegt sind.

Inflationsrisiko

Strompreise auf Basis der EEG-Vergütung unterliegen keiner Inflationsanpassung. Gaslieferverträge unterliegen oftmals für ihre Laufzeit keiner Preisanpassung. Erst nach Vertragsende können neue Preise verhandelt werden, die das dann aktuelle Marktniveau abbilden. Betriebsausgaben entstehen durch bezogene Lieferungen und Leistungen. Wartungen und Reparaturen stellen eine wesentliche Ausgabenposition dar. Diese sind üblicherweise nicht vertraglich gesichert, so dass diesbezüglich ein Risiko aus der allgemeinen Inflation besteht. Solange jedoch diese im Rahmen der von der EZB angestrebten Höhe bleibt, stellt die Inflation keine ungeplante Belastung des Geschäftsmodell dar, da dies einkalkuliert ist.

Die Handelspolitik der USA mit der Einführung von hohen Zöllen auf in die USA eingeführte Waren mit Gegenzöllen der EU hat im Laufe von 2025 Waren verteuert. Der Umfang scheint

sich aufgrund der moderat entwickelten Inflation in Grenzen gehalten zu haben. Ob und in welchem Umfang der Ende Februar 2026 gestartete US-amerikanische / israelische Angriff auf Iran auf die Preissteigerung haben wird, lässt sich nicht seriös vorhersagen. Ob dadurch das Inflationsrisiko gestiegen ist, lässt sich schwer abschätzen. Bei einem kurzen Krieg könnte die aktuelle Preissteigerung für Öl und Gas im Jahresdurchschnitt keine nennenswerte Auswirkung auf die Inflationsrate haben. Ein längerer Krieg hingegen könnte zu deutlicheren Auswirkungen führen.

Risikominimierend wirkt sich aus, dass die beiden Segmente Biogas / Abfallvergärung und Energie-Contracting voneinander unabhängig sind. Mit der Erweiterung der Gasverwertungsmöglichkeiten, d.h. nicht mehr nur Verstromung, sondern auch Gaseinspeisung oder Gasverflüssigung, wird die Abnahmeseite weiter diversifiziert und dadurch zur Reduzierung des unternehmerischen Risikos beigetragen.

Gesamtaussage Chancen und Risikobericht

Der Konzern befindet sich in der Aufbau- und Umbauphase. Anlaufverluste, Forderungsverluste sowie unerwartete Betriebsunterbrechungen haben die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns in den letzten Jahren belastet. Wesentliche Betreibergesellschaften sind infolge der Anlaufverluste bilanziell überschuldet. Um einen wirtschaftlichen Betrieb der jeweiligen Anlagen zu sichern, sind in den bisher reinen Stromerzeugungsanlagen in den Jahren 2026 bis 2029 umfangreiche Modernisierungs- und Erweiterungsinvestitionen in technische Komponenten zur Schaffung von Möglichkeiten zur Einspeisung von Biomethan in das Gasnetz geplant und zum Teil bereits in der Umsetzung. Durch die Umstellung der Anlagen sollen neue – EEG unabhängige – Ertragspotenziale wie bspw. die Biomethaneinspeisung genutzt werden. Wir gehen derzeit in unserer Planung von einem Eigenkapitalbedarf in Höhe von insgesamt ca. TEUR 11.000 über die nächsten drei Jahre aus. Zur Deckung des weiteren Finanzierungsbedarf sollen langfristige Bankdarlehen in Höhe von ca. TEUR 17.000 bis TEUR 18.000 aufgenommen werden. Der Eigenkapitalbedarf soll im ersten Schritt durch noch einzuwerbendes Kapital von Investoren erfolgen. Dazu wurde Anfang des Jahres 2025 ein in der Biogasbranche renommiertes Beratungsunternehmen beauftragt, diesen Prozess zu unterstützen und die Investorenansprache durchzuführen. Die gesetzlichen Vertreter des Konzernmutterunternehmens befinden sich im engen Austausch mit möglichen Investoren. Die Ansprache von finanzierenden Banken ist in Vorbereitung und spätestens im Verlaufe des dritten Quartals erneut aufgenommen worden. Die gesetzlichen Vertreter sind zuversichtlich, dass die benötigten Mittel bewilligt werden.

Bis zur Fertigstellung der Umbaumaßnahmen werden in den Jahren 2026 bis 2029 zusätzliche Finanzierungsbeiträge zur Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebes sowie des Kapitaldienstes benötigt. Unserer Planung zufolge reichen die bestehenden Kreditlinien für den operativen Kapitalfluss und den Kapitalfluss aus der Finanzierung aus.

Sollte der Fall eintreten, dass nicht oder nicht genügend Eigenmittel für die geplanten Investitionsmaßnahmen eingeworben werden können, besteht die Möglichkeit, einzelne Investitionsmaßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Diese Möglichkeit besteht derzeit noch, da im aktuellen Umbaustatus Planungsleistungen stattfinden, jedoch keine umfangreicheren Liefer- und Bauaufträge vergeben worden sind. Darüber hinaus wird die Liquiditätssituation im Konzern laufend und engmaschig überwacht, um ggfs. operative Ausgaben wie Instandhaltungsaufwendungen frühzeitig zu verschieben und so die Zahlungsfähigkeit zu sichern.

Als weiteres Szenario besteht eine gewisse Möglichkeit, gezielt einzelne Betreibergesellschaften bzw. deren Anlagevermögen zu veräußern. Im Rahmen der oben geschilderten Maßnahmen zur Einwerbung von Eigenkapital wird den angesprochenen Investoren die Möglichkeit zum Erwerb einzelner Betreibergesellschaften bzw. deren Anlagevermögen eingeräumt.

Der Konzern erwartet für die Geschäftsjahre 2026 bis 2027 eine angespannte Liquiditätssituation.

Der Fortbestand des Konzerns und des Konzernmutterunternehmens sowie der Tochtergesellschaften ist gefährdet, wenn – entgegen den Erwartungen der gesetzlichen Vertreter – die ergriffenen, hier beschriebenen Maßnahmen zur Verbesserung der Ertrags- und Finanzlage von der Planung für die Geschäftsjahre 2026 bis 2027 nicht nur unwesentlich abweichen oder keine weiteren Finanzierungsmittel aufgenommen bzw. bestehende Finanzierungsrahmen nicht verlängert werden können oder bestehende Finanzierungsrahmen gekündigt werden.

Eine wirtschaftliche Überschuldung i.S.d. Insolvenzrechts liegt nach Einschätzung des Vorstandes der Muttergesellschaft nicht vor. Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgte aufgrund der eingeleiteten oder beabsichtigten Modernisierungs- und Finanzierungsmaßnahmen daher unter Annahme des Grundsatzes der Unternehmensfortführung nach § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB.

Wiesbaden, im Mai 2025

Der Vorstand

ABO Kraft & Wärme AG, Wiesbaden
Bilanz zum 31. Dezember 2025

AKTIVA	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR	31.12.2025 EUR	31.12.2024 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				
Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.015.962,06	3.275.822,21	6.270.000,00	26.350.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	<u>21.540.858,12</u>	<u>23.500.279,60</u>	28.548.750,00	5.468.750,00
	24.556.820,18	26.776.101,81		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
geleistete Zahlungen	0,00	13.500,00	24.086,18	24.086,18
			<u>650.943,07</u>	<u>650.943,07</u>
			675.029,25	675.029,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	8.165.801,23	9.287.944,69	752.942,42	439.454,31
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>21.916,22</u>	<u>69.074,50</u>	-9.790.583,83	313.488,11
	8.187.717,45	9.357.019,19	26.456.137,84	33.246.721,67
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks				
	59.489,31	89.934,04	31.300,00	38.650,00
	<u>8.247.206,76</u>	<u>9.460.453,23</u>		
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
B. Rückstellungen				
sonstige Rückstellungen			100.066,10	-
	14.617,16	14.462,16	68.110,35	25.834,45
			1.389.325,44	1.271.652,02
			<u>4.773.704,37</u>	<u>1.668.159,06</u>
			6.331.206,26	2.965.645,53
	<u>32.818.644,10</u>	<u>36.251.017,20</u>	32.818.644,10	36.251.017,20

Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten Verbindlichkeiten

Am Bilanzstichtag bestanden Bürgschaftsverpflichtungen aus Mietkaufverträgen verbundener Unternehmen in Höhe von TEUR 34. Zugunsten der ABO Kraft & Wärme Ramstein GmbH & Co. KG wurde durch die Gesellschaft eine Patronatsklärung zwecks Absicherung von Verbindlichkeiten gegenüber der finanzierenden Bank abgegeben. Zugunsten der ABO Kraft & Wärme Ramstein GmbH & Co. KG, ABO Kraft & Wärme Ettlinghausen GmbH & Co. KG, ABO Kraft & Wärme Zülzich GmbH & Co. KG und ABO Kraft & Wärme Hammelbläsch GmbH & Co. KG wurde durch die Gesellschaft je eine Patronatsklärung aus beilirechtlichen Gründen abgegeben.

Die verbundenen Unternehmen haben bis dato alle Raten fristgerecht zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass diese ihre Verpflichtungen auch weiterhin vertragsmäßig erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme wird daher nicht gerechnet.

Währte Vorschüsse und Kredite an Geschäftsführer/Mitglieder der Unternehmensorgane, des Vorstands und des Aufsichtsrats

Es wurden keinerlei Kredite oder Vorschüsse im Sinne des § 285 Nr. 9c HGB ausgeben.

Angaben über den Bestand, den Erwerb und die Veräußerung eigener Aktien

Die Gesellschaft hält zum 31.12.2025 keine eigenen Aktien und hat im Geschäftsjahr 2025 weder eigene Aktien erworben noch veräußert (§ 160 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AktG)

Angaben nach § 152 AktG

Die Hauptversammlung am 17. Juli 2025 hat über die Herabsetzung des Grundkapitals durch Zusammenlegung von Aktien im Verhältnis 5:1 von TEUR 26.350 auf TEUR 5.270 beschlossen.

Der durch die Kapitalherabsetzung freigewordene Betrag i.H.v. TEUR 21.080 wurde vollständig in die Kapitalrücklage eingestellt.

Im Berichtsjahr wurde auf Grundlage des Beschlusses der Hauptversammlung vom 17. Juli 2025 eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals um insgesamt 1.000.000 EUR auf 6.270.000 EUR durchgeführt.

Durch die Kapitalerhöhung entstand bei der Ausgabe der Aktien ein Agio, welches im Berichtsjahr zu einer Erhöhung der Kapitalrücklage von 2.000.000 EUR geführt hat.

Der Bilanzgewinn des Vorjahres von 752.942,42 EUR ist auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB

Die Gesellschaft erwartet für die Geschäftsjahre 2026 bis 2027 aufgrund einer negativen Ertragsprognose sowie Investitionsverpflichtungen für geplante Erweiterungsmaßnahmen eine angespannte Liquiditätssituation. Der Fortbestand der Gesellschaft ist gefährdet, wenn – entgegen den im zusammengefassten Lagebericht beschriebenen Erwartungen der gesetzlichen Vertreter – die ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsatz-, Ertrags- und Liquiditätssituation von der Planung für die Geschäftsjahre 2026 bis 2027 nicht

unwesentlich abweichen oder keine weiteren Finanzierungsmittel aufgenommen bzw. bestehende Finanzierungsrahmen nicht verlängert werden können oder bestehende Finanzierungsrahmen gekündigt werden.

Das Unternehmen ist aufgrund des bestandsgefährdenden Risikos möglicherweise nicht in der Lage, im gewöhnlichen Geschäftsverlauf seine Vermögenswerte zu realisieren sowie seine Schulden zu begleichen.

ABO Kraft & Wärme AG, Wiesbaden

**Gewinn- und Verlustrechnung
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025**

	2025 EUR	2024 EUR
1. Umsatzerlöse	0,00	22.700,00
2. Sonstige betriebliche Erträge	581,50	-
3. Personalaufwand Löhne und Gehälter	-20.000,00	-20.000,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.576.204,80	-470.475,66
5. Erträge aus Beteiligungen	126.756,85	92.671,81
6. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	621.318,09	605.380,46
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	372.335,60	228.847,77
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-3.019.579,83	-
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-249.928,37	-85.122,41
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-45.862,87	-60.513,86
11. Jahresfehlbetrag	-9.790.583,83	313.488,11
12. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	752.942,42	439.454,31
13. Bilanzverlust / -gewinn	-9.037.641,41	752.942,42

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die ABO Kraft & Wärme AG

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ABO Kraft & Wärme AG – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ABO Kraft & Wärme AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse:

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Inanspruchnahme der Erleichterung für Kleinstkapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 Satz 5 HGB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung der

gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die Ausführungen in Abschnitt „Bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB“ unter der Bilanz sowie die Angaben in Abschnitt „Gesamtaussage Chancen und Risikobericht“ des zusammengefassten Lageberichts, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die Gesellschaft aufgrund von Investitionsverpflichtungen für geplante Erweiterungsmaßnahmen eine angespannte Liquiditätssituation erwartet und dass der Fortbestand der Gesellschaft gefährdet ist, wenn – entgegen den Erwartungen der gesetzlichen Vertreter – die ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsatz-, Ertrags- und Liquiditätssituation von der Planung für die Geschäftsjahre 2026 bis 2028 nicht nur unwesentlich abweichen oder keine weiteren Finanzierungsmittel aufgenommen bzw. bestehende Finanzierungsrahmen nicht verlängert werden können.

Wie in den genannten Ausführungen dargelegt, zeigen diese Ereignisse und Gegebenheiten zusammen mit den bilanziellen Überschuldungen wesentlicher Konzerngesellschaften, bei denen die ABO Kraft & Wärme AG als Mutterunternehmen fungiert, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht sind bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss

unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Inanspruchnahme der Erleichterung für Kleinstkapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 Satz 5 HGB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger

Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum

Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Inanspruchnahme der Erleichterung für Kleinstkapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 Satz 5 HGB ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Nürnberg, 13. Mai 2026

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dittus
Wirtschaftsprüferin

Hocker
Wirtschaftsprüfer